

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1911

202 (23.7.1911) Zweites Blatt

Bezugspreis:
Jahres vom Verlag vier-
teljährlich M. 1.60 ein-
schliesslich Frachtkosten;
abgeholt in d. Expedition
monatlich 50 Pfennig.
Durch die Post zugestellt
vierteljährlich M. 2.25, abgeh.
am Postschalt. M. 1.80.
Eingelnummer 10 Pfg.
Redaktion u. Expedition:
Königsplatz Nr. 1.

Karlsruher Tagblatt.

Badische Morgenzeitung — Organ für amtliche Anzeigen.

Anzeigen:
die einpaltige Zeitungs-
ober deren Raum 20 Pfg.
Reklamestelle 45 Pfennig.
Rabatt nach Tarif.
Aufgabezeit:
größere Anzeigen bis
spätestens 12 Uhr mitt-
tags, kleinere bis 4 Uhr
nachmittags.
Fernschreibschlüssel:
Expedition Nr. 203.
Redaktion Nr. 2994.

Zweites Blatt Begründet 1803 Sonntag, den 23. Juli 1911 108. Jahrgang Nummer 202

Wochen-Rundschau.

Für Baden war diese Woche eine schmerzliche — durch das grauenhafte Eisenbahnunglück in Müllheim, das in viele Familien namenlose Trauer gebracht hat. Wie weit den Lokomotivführer die Schuld trifft, wird sich noch zu ergeben haben. Eine Schuld trifft ihn jedenfalls, die nämlich, nicht rechtzeitig gebremst zu haben. Aber — mag bei diesem Unfall in besonderen das nicht rechtzeitige Bremsen in Betracht kommen —, so kann man doch auch im allgemeinen sehen die Schattenseiten der enormen Steigerung der Fahrgeschwindigkeit der Züge, zu der die sich konkurrierenden Staaten, veranlasst durch das internationale Reisebedürfnis und die internationalen Reise-Interessenten, veranlasst werden. Kleinere Staaten für sich können sich dem nicht entziehen. Gibt es doch genug Leute, denen die amerikanischen Geschwindigkeiten das erstrebenswerte Ideal sind. Dem sollten die europäischen Eisenbahnverwaltungen ein bloc widerstreben! Allzuviel ist vom Hebel. Auch bei der Fahrgeschwindigkeit der Eisenbahnzüge. Man kommt immer noch früh genug zu seinem Reiseziel. Nieher etwas später, aber mit heiler Haut, als auf Kosten eines leicht passierenden Unglücks. — In den „Eisenbahnüberflutungen“ wird der Müllheimer Fall ein großes, ein gefährliches Vorzeichen. Ein Trost bleibt der badischen Eisenbahnverwaltung: Daß sie selbst eine Schuld an dem Müllheimer Unglück nicht trifft. Mögen die Lehren dieses Unglücks von allen, die es angeht, wohl beherzigt werden.

Die Krisis im Zentrum dauert an, nennlich eine Rundgebung aus dem Vatikan dem Zentrum und dem deutschen Katholizismus ein Vertrauensvotum ausstellte. Das hindert die konfessionellen Absonderungsbestrebungen nicht an ihrem „Wirken“, wobei sich besonders hervortut der in Berlin erscheinende „Arbeiter“, der Vertreter konfessioneller Arbeitervereinigungen. Die Seele der Treibererlei gegen den als „moderernistisch“ verachteten deutschen Katholizismus ist der römische Monsignore Benigni. Daß selbst das Zentrum keine Gnade findet in den Augen dieser Zionswächter, ist bitter, denn an der kirchlichen und konfessionellen „Orthodoxie“ hat es dem Zentrum — freilich nach deutscher Beurteilung — nie gefehlt. Das genügt aber den Leuten um Benigni nicht, denn sie leben noch im Mittelalter. Daß aber eine Partei, die zwei Seelen in ihrer Brust mit einander zu vereinen sucht, eine politische und konfessionelle, auf die Dauer nicht ohne Seelentouren auskommen werde, war natürlich vorauszu sehen. Auf die weitere Entwicklung dieser Dinge darf man gespannt sein. Und fragen darf man wiederholt: Sind denn die Leistungen der Klerikalen in den römischen Ländern derart, daß sie berufen sind, über den deutschen Katholizismus zu Gericht zu sitzen?

Die Einschränkung der kirchlichen Feiertage ist vom Papst im allgemeinen verordnet, im einzelnen Fall dem Ermessen der Bischöfe anheimgestellt. Es darf erwartet werden, daß mit Besonnenheit vorgegangen wird, so zwar, daß auf die Interessen der Protestanten Rücksicht genommen wird. Für die geistlichen Feiertage ist ja staatlicherseits gesorgt. Wünschenswert wäre eine Festlegung des Osterfestes, und eine Gleichlegung des Buß- und Bettages in Nord- und Süddeutschland.

Das österreichische Parlament ist vom alten Kaiser Franz Joseph persönlich eröffnet worden, und hat den Präsidenten aus den Reihen des deutschen Nationalbundes erhalten. Ob die Ministerräte der Regierung reifen, ist eine andere Frage. Wenn es nicht besser geht als in Ungarn, wo die Obstruktion am Ruder ist, dann ist gefehlt. Immerhin sind die Zustände in der alten Habsburger Monarchie nicht so schlimm wie in Frankreich. Dort glaubt man dem Zusammenhang der sozialistischen Syndikate mit den antimilitaristischen Umtrieben im Heer und mit der „Sabotage“ auf der Spur zu sein, zusammenhängend mit den Streiks. Die Regierung hat den Willen, Ordnung zu schaffen. Aber wie lange wird das die Kammermajorität dulden? — Nun wollen die französischen „Syndikalisten“ auf Besuch nach Berlin kommen. Möchten sie die Erkenntnis mit nach Hause nehmen, daß Deutschland zu gut ist für „französische Zustände“ — und sie beliebt nicht wünscht!

Da waren dieser Tage auch die Amerikaner in Berlin: Da wurde preisend mit vielen schönen Reden der „guten deutsch-amerikanischen Beziehungen“ gedacht, die aber nicht gehindert haben, daß uns Deutsche die Engländer bei „Uncle Sam“, „ausgestochen“ haben. Dazu hat der Schiedsgerichtsvertrag ganz offensichtlich eine deutschfeindliche Spitze.

Wahrscheinlich ist es mit der deutschen Arbeiterfahrt nach England. Da wurde

viel von „Völkerverbrüderung“ gesprochen, von „Blutsverwandten“ und „Brüder“, vom Frieden und der Interessengemeinschaft. Die Leute mögen es ja gut und ehrlich meinen, aber die englische Politik denkt und handelt meistens anders. Vorderhand wenigstens. An den Unruhen in der ganzen Türkei ist England nicht unschuldig; im Gegenteil: es ist moralisch verantwortlich für sie, unterstützt von Amerika. Desterreich soll gegen die Türkei aufgehezt werden und von Deutschland abgepresst. Nun kommt Kitchener nach Kairo. Beileibe nicht, um einen „neuen Kurs“ in Ägypten zu inaugrieren. Die Politiker an der Themse sagens, darum muß es wahr sein. Der alte Kurs in Ägypten genügt den Engländern. Kitchener hat wichtigeres zu tun: er hat die Fäden in der Hand zu halten, die nach der ägyptisch-italianischen Grenze, nach Arabien, nach Afrika am Roten Meer und nach dem Persischen Golf laufen. Dort gilt es, im Trüben zu fischen, umjomehr, als die deutsche Bagdadbahn und ihre event. Zweiglinien in Frage kommen.

Der Staatsstreich des Eschahs von Persien kommt nun dazu. Ohne Hintermänner hat Mohammed Ali nicht gehandelt. Es wird sogar gemunkelt, daß diese Hintermänner Rußland und England seien. Etwas gewisses weiß man noch nicht, ebensowenig, wie der Rutsch verläuft. Soviel ist sicher, daß diejenigen, die den alten Eschah entthronten, nicht im Stande waren, Ordnung zu schaffen. Bedauerlich ist, daß Deutschland mit den Konventionen der Schifffahrt auf dem Urmia-See, der Deutschen Bant in Teheran, nicht mehr angefangen hat als es tat, daß die russisch-deutschen Verhandlungen über die Zweiglinien der Bagdadbahn nach persischem Gebiet nicht weiter gehen sind und Deutschland nicht auch Instrukteure und Finanzexperten nach Persien geschickt hat.

Von Japan ist England auf gute Art losgekommen. Was nicht ein Schiedsgerichtsverbot mit Amerika alles zumege bringt. Den Kolonien Australien und Kanada ist ein Stein vom Herzen gefallen. Was steht dem im Wege, daß England auch mit Rußland und mit China — das von Amerika gegen Japan aufgebracht wird — einen Schiedsgerichtsvertrag schließt? Wie

wird dann den Japanern? Diese machen einstweilen gute Miene zum bösen Spiel, um nicht auch noch den englischen Geldmarkt zu verfehlen. In der Marokkofrage tun die Engländer zur Zeit so, als ob sie Frankreich vor Ueberverteilung durch Deutschland schützen müßten. In Frankreich mehren sich die Stimmen des Trostes gegen Deutschland. Doch wird der Trost den Franzosen nichts nützen: Deutschland will und muß seinen Lisch machen in der Marokkofrage. Merkwürdig: seit die Franzosen den deutschen Ernst sehen, sind sie wie umgewandelt gegen die Spanier, trotzdem diese sie in Marokko brutal behandeln.

Recht beängstigt fühlt sich Italien: es fürchtet um sein „Anrecht“ auf Tripolis zu kommen. Es liegt eine gewisse Vergeltung darin. Warum hat Italien Deutschland im Stich gelassen auf der Algier-Konferenz? Und sich auf die Seite Frankreichs und Englands geschlagen? Nun sieht es Tripolis mehr und mehr von diesen bedroht. So gehts.

Auf der Grenze von Deutschsüdwest-, Englisch- und Portugiesisch-Afrika, dem sog. Caprizipfel, den Deutschland seinerzeit im Helgoland-Vertrag von England erhielt, soll eine deutsche Patrouille von Eingeborenen (Hereros?) überfallen worden sein. Es wird Zeit, daß Ordnung geschaffen wird durch eine genauere Grenzregulierung und Regelung des Verhältnisses zum Ovambo-Land. Eine Aufteilung von Portugiesisch-Afrika ist nur noch eine Frage der Zeit. Und dafür existiert bekanntlich ein englisch-deutsches Abkommen. Würde auf dem Weg über „Marokko“ ein geschlossener deutscher Besitz an der Westafrikanischen Küste von der Kapkolonie bis Nordnigeria erreicht, so könnte Deutschland zufrieden sein.

Petroleum und Spiritus.

Im „Natus“ ist über diese aktuelle Frage zu lesen:
Wenn nicht radikale Umwälzungen in der Petroleumindustrie eintreten, wird der deutsche Verbraucher niemals der amerikanischen Produzenten entzogen können.

Depeschendienst des „Karlsruher Tagblattes“

Nachdruck und Weiterverbreitung unserer mit Korrespondenzbüros versehenen Meldungen ist nur mit deutlicher Quellenangabe — „Karlsruher Tagblatt“ — gestattet.

Bodensee-Wode.
w. Konstanz, 22. Juli. Bei prachtvollem Wetter wurde heute das Rennen um den Langpreis ausgetragen. Als einziges Boot ging „Marga 4“ des Dr. Franz Gohy-Berlin vom Start, das die vorgeschriebenen 100 Kilometer in 4 Stunden 44 Min. 15 Sek. zurücklegte und eine Durchschnittsgeschwindigkeit in der Stunde von 21,11 Kilometern erreichte. Nachträglich war noch eine Dorgobewerbfahrt in das Programm eingeschlossen worden, an der sich 5 Boote beteiligten. Den ersten Preis gewann „Dürkopp 2“ den zweiten „Mariane“, die auch den Damenpreis sich holte.

Die mysteriöse Spionage in Hammelburg.
w. München, 22. Juli. Zur Spionageangelegenheit in Hammelburg sind die „N. N. Nachr.“ vom Ministerium zu folgender Veröffentlichung autorisiert worden: Die in der Spionageaffäre vorgenommene Untersuchung ergab, daß der japanische Major Yoshida, der um diese Zeit mit dem 9. Infanterieregiment in Hammelburger Lager weilte, in einen gänzlich unbegründeten Verdacht gekommen ist. Major Yoshida war um die fragliche Zeit nachgewiesenermaßen bei der Nachtübung des 9. Infanterieregiments anwesend, die sich mehrere Kilometer von dem Geschützpark entfernt abspielte. Auch konnte der Posten, der den Major Yoshida wegweisen haben soll, seine Behauptung nicht aufrecht erhalten, daß die weggewiesene Persönlichkeit dieser Major oder überhaupt ein japanischer Offizier gewesen sei. Diese Persönlichkeit ist noch nicht festgestellt worden. Es sind weitere Erhebungen im Gange.

Koscielski gestorben.
w. Posen, 22. Juli. Das Mitglied des Herrenhauses, Josef Koscielski, ist auf seinem Gute im 66. Lebensjahr gestorben.

Die Hitze.
c. Berlin, 22. Juli. Die Hitze hat sich in Norddeutschland, wie zu erwarten war, beträchtlich gesteigert. Die Temperaturen betragen in den Frühstunden bereits durchschnittlich 24 bis 26 Grad und dürften in den heutigen Nachmittagsstunden 35 Grad erreichen. Da das Hochdruckgebiet weiteren Bestand hat, ist noch mit weiterer Zunahme der Hitze zu rechnen.

Portenstehen. 22. Juli. Die große Wärme im Hochgebirge hat zur Folge, daß der Schnee bis auf etwa 3200 Meter aufwärts abgeschmolzen ist.

Nizza. 22. Juli. Die Hitze ist tropisch. In der Nacht sinken die Temperaturen nicht mehr unter 25 Grad. Im Schatten steigen dieselben während des

Tages bis auf 40 Grad an; in der Sonne wurde 70 Grad Celsius beobachtet. Brindisi meldete gestern im Schatten ein Maximum von 41 Grad. Florenz, Biorno, Triest und Peripignan melden ähnlich hohe Stände. Zahlreiche Erkrankungen sind vorgekommen.

Montenegro „hust“ zurück.
Rom, 22. Juli. (Privatmeldung des „R. T.“) „Italia“ meldet aus Cetinje: Die türkisch-montenegrinische Kriegsgefahr ist endgültig behoben. Montenegro hat seine gegen die türkische Mobilmachung gerichtete Protestnote an die Mächte zurückgezogen, nachdem die Sparte zufriedenstellenden Aufschluß über den Zweck der Mobilmachung gegeben hat. Gleichzeitig hat Montenegro die Entlassung seiner zu einer Friedensübung einberufenen Reservisten angeordnet. Das im Hafen von Antivari seit Wochen liegende russische Kriegsschiff hat am Montag Antivari verlassen, was allgemein als Lösung der Spannung aufgefaßt wird.

Der Eschah auf dem Vormarsch.
London, 22. Juli. (Privatmeldung des „R. T.“) „Express“ meldet aus Teheran: Der Eschah hat, zuverläßigen Gerichten zufolge, die Provinz Aherabad bereits verlassen und ist auf dem Wege nach Damghan. Die Regierung setzt Damghan beschleunigt in Verteidigungszustand und vor den Mauern Damghans erwartet man das erste Zusammentreffen mit dem Eschah.

Petersburg. 22. Juli. (Privatmeldung des „R. T.“) Russische Zeitungen melden, daß der Gouverneur von Aherabad mit etwa 300 Mann zu dem Eschah übergegangen ist. In Aherabad ist der Eschah zum Herrscher von Persien proklamiert. Die Bevölkerung Aherabads hat den Eschah mit Begeisterung begrüßt.

Aherabad. 22. Juli. Heute morgen 10 Uhr ist Mohammed Ali unter dem Donner der Geschütze und dem Jubel der Bevölkerung in Aherabad eingezogen.

Japaner-Einwanderung in Amerika verboten.
Newport, 22. Juli. (Privatmeldung des „R. T.“) Die Einwanderungskommission in San Francisco hat letzte Woche 24 wohlhabenden Japanern den Zutritt zu den Vereinigten Staaten verweigert. Japan hat in Washington erste Vorstellungen erhoben.

Weitere Nachrichten unter Letzte telegraphische Meldungen.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 16 Seiten

nen. Die Hoffnungen der Freunde einer geschlossenen Volkswirtschaft liegen nicht beim Petroleum, bei den spärlichen hannoverschen und schlesischen Vorkommen, die kein brauchbares Brennöl liefern, sondern bei den Erzfazmitteln für Petroleum in der Beleuchtung. Der Elektrizität sind hier schon ziemlich enge Grenzen gezogen. Gasbeleuchtung kann zwar in weitem Umfange noch eingerichtet werden, der eigentliche Feind der Petroleumlampe ist aber das Spirituslicht, eine durch und durch nationale Industrie. Nur durch eine Verbilligung des Brennspritus kann die deutsche Leuchtstoffindustrie unabhängig vom Ausland werden. Doch ist gerade hier durch die Geseßgebung eine freie Entfaltung der Produktionskräfte gebremmt. Eine kräftigere Entwicklung der Spiritusindustrie würde auch dem deutschen Ofen die fehlende Industrie schaffen können und andere Gewerbe nach sich ziehen. Die Verstaatlichung des Petroleumhandels kann nur eine Hilfsaktion zu diesem größeren Zwecke sein. Unter diesem Gesichtspunkte würde auch der Schaden nicht allzu groß sein, wenn ein staatliches Monopol die erträgliche Verteuerung des Deutschen bringen würde. Auf eine solche Verbesserung der Reichsfinanzen scheint es ja in der Tat ein Teil der Parteien bei seiner Forderung nach dem Staatsmonopol abgesehen zu haben. Doch rächt sich eine Ueberpannung des Bogens von selbst, da auch für staatliches Petroleum die Verbraucher keine Viehhaberpreise bezahlen würden, und dann die Reichskasse auch noch durch Verminderung der Zollerträge Schaden erleidet.

In der „Frank. Ztg.“ heißt es: Das Petroleum hat heute bereits einen wichtigen Konkurrenten in dem elektrischen Licht, das freilich nicht alle Aufgaben des Petroleum übernehme kann. Daneben steht nun ein zweiter Bewerber, der durch große technische Fortschritte unterstützt wird, der Spiritus. Elektrisches Licht und Spiritus zusammen können uns in vielen Beziehungen vom Petroleum-Monopol unabhängig machen. Ohne Zweifel ist Deutschland in diesem enge Mengen Spiritus billig herzustellen, daß sie dem Petroleum erschaft den Boden abgraben könnten. Der Grund, warum es nicht geschieht, liegt in unserer Brauntreiberei-Geseßgebung, die das Spiritusbrennen als landwirtschaftliche Geschäftsbearbeitung behandelt. Auf Grund dieser Geseßgebung sehen wir im Spiritusgewerbe eine ähnliche Entwicklung wie im Petroleumhandel. Die private Zentrale für Spiritusverwertung sucht ihren Einfluß ganz à la Rockefeller in allen Bezweigungen des Geschäftsbereichs durchzusetzen, wie sie es eben jetzt bei den Spiritusfabrikanten versucht, bis zu dem Kleinabnehmer herab. Wenn das deutsche Erwerbsleben aus Erfahrungen etwas lernen kann, so wird und muß es die Erfahrungen des Petroleumhandels beherzigen. Dann werden die Spiritusfabrikanten einsehen müssen, daß ein männlicher Widerstand gegen die Monopolisierung ihre Pflicht ist, die sie der Gemeinschaft gegenüber zu erfüllen haben, durch den allein aber auch sie den Gefahren der Zukunft begegnen können. Im Kampfe gegen das Petroleum-Monopol aber wäre es notwendig, die Brauntreiberei zu ändern. Mag man den Trinkbrandwein auch ferner als landwirtschaftliches Erzeugnis behandeln, aber die Erzeugung von technischem Spiritus muß man unter den notwendigen Kautelen freigeben. Dann würde diese Fabrikation einen ungeheuren Aufschwung nehmen und sie würde schon selbst dafür sorgen das Petroleum auch als Leuchtmittel mehr und mehr zu verdrängen. Den Vorteil davon hätten Landwirtschaft und Gewerbe gemein. Dann würden die deutsche Kartoffel und die deutsche Melasse ohne gewagte Experimente das amerikanische Petroleum erschaften.

Rundschau.

Arbeiteransiedlung auf Schulländeren.
Jüngst wurden Versuche gemacht, zum ersten Mal Arbeiteransiedlungen auf Rentengütern durch Ausbarmachung von Schulländeren für diese Zwecke zu erreichen. Die Gemeinde Hengersdorf sah den Entschluß, 6 Morgen Land und Wiese zu diesem Zweck zur Verfügung zu stellen. Man hat bisher mit Rentengutbildung und Arbeiteransiedlung auf Wärd- und Kirchhöfen gute Erfolge erzielt, so z. B. in Kahlau im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. und Kirchheim in der Niederlausitz. Dort sind die Arbeiter im Auftrage des Landwirtschaftsministeriums von der Spezialkommission in Guben durchgeführt worden. Die Ansiedlung auf den Schulländeren von Hengersdorf wird in ähnlicher Weise erfolgen, wie bei den obigen Pfarlländeren. Es ist für die Durchführung des Planes eine Staatsbeihilfe in Aussicht genommen.

Der englische Verfassungstampf.
In einer Versammlung, die in London die oppositionellen Lords abhielten, wurde eine Abschrift eines Briefes des Premierministers Asquith an Balfour verlesen, in welchem Asquith mitteilt, er halte es für recht und billig, Balfour wissen zu lassen, daß die Regierung sich gezwungen sehen würde, das Unterhaus zu bitten, Amendments der Lords zur Parlamentsbill abzulehnen, und wenn nötig, dem König raten würde, von seiner Prärogative Gebrauch zu machen, um das Zustandekommen des Gesetzes zu sichern. Der Brief schließt mit der Feststellung, der König habe zu erkennen gegeben, daß er es für seine Pflicht halten werde, diesen Rat zu befolgen. Die Versammlung ging auseinander, ohne zu einem Beschluß gekommen zu sein.

Neue russische Anleihe in Deutschland.
Nach einer mehrjährigen Pause steht eine neue russische Anleihe bevor, die allem Anschein nach in erster Reihe dem deutschen Kapitalmarkt zugeführt werden und speziell dem Zwecke dienen soll, das russische Eisenbahnetz auszubauen resp. zu verstaat-

